

# Nebrorer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeierwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.50 RM 20.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtparaffade Nebra — Bankverein Ariern.

Nr 53

Sonnabend, den 2. Mai 1931.

44. Jahrgang

## Ausproben beim Kanzler. Die Forderungen der Sozialdemokraten.

Berlin, 30. April.

Reichskanzler Brüning empfing als Vertreter der sozialdemokratischen Partei die Abgeordneten Breitfeld, Herz und Hilferding. Die Vertreter der Sozialdemokraten legten dem Kanzler dar, eine wie gefährliche Lage in wirtschaftlicher Hinsicht entstehen würde, wenn die Verpfähigung des Zollernährungsgegesetzes, den Brotpreis auf der Höhe des letzten halben Jahres zu halten, nicht eingehalten werde.

Der Kanzler erwiderte, daß die Reichsregierung bestmögliche, den Brotpreis auf der alten Höhe zu halten, und daß die Entschädigung über die dazu erforderlichen Maßnahmen vom Kabinett in kürzester Frist herbeigeführt werden soll.

Bei diesen Maßnahmen dürfte, wie verlautet, eine Senkung des Weizenpreises für ein bestimmtes Einfuhrkontingent (500 000 Tonnen) sowie eine Verringerung des Brotpreises in Betracht kommen, die vielleicht eine geringe Herabsetzung der Qualität des Brotes bringen würde.

Die Sozialdemokraten dürften sich mit diesen Maßnahmen kaum zufrieden geben, weil sie nicht der Meinung sind, daß dadurch die jetzige Brotpreisbildung wieder rückgängig gemacht und eine etwaige weitere Preissteigerung vermieden werden könnte.

Ebenso haben die Sozialdemokraten Bedenken gegen die Erhöhung der Zölle für Hülsenfrüchte, Speck und Schmalz und insbesondere für Hafer.

Was die Frage einer früheren Reichstagsauferufung angeht, so wollen sich die Sozialdemokraten dem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages nicht anschließen, weil sie der Meinung sind, daß erst bestimmte Handlungen der Regierungspolitik klarlegen müßten, ehe das Parlament zur Entscheidung berufen werden könnte.

### Dr. Gereke bei Brüning und Schiele.

Der Landvolkführer Reichstagsabgeordneter Dr. Gereke hatte ebenfalls eine Unterredung mit dem Reichsernährungsminister Schiele über die für vor der Entscheidung liegenden Zollfragen. Am Anfangsstand daran wurde Dr. Gereke vom Reichskanzler Dr. Brüning empfangen, mit dem er über die gesamtpolitische Lage und insbesondere über die Zollforderungen der Landwirtschaft sprach.

Durch diese Besuche hat der Reichskanzler also zwischen zwei Feuern geklopft, und dieses Bild ist um so zutreffender, als von beiden Seiten her sehr nachdrücklich die Forderungen dieser Gruppen vertreten und für den Fall einer Nichterfüllung Forderungen in Aussicht gestellt wurden die für das Reichskabinett nicht erwünscht sein dürften. Für die nächste Kabinettsitzung hat der Reichskanzler also reiches Material, und es wäre vielleicht wirklich verfrucht, zu glauben, daß schon am Donnerstag endgültige Beschlüsse zu fassen kämen. Allerdings darf man sich nicht annehmen, daß der Vorstoß des Reichsernährungsministers in der Frage des Butterzolls erledigt ist, und das verhältnismäßig schnelle Nachgeben Dr. Schieles scheint die Vermutung zu bestätigen, daß er diese Aktion von vornherein für aussichtslos hielt und sie nur unternahm, um auf anderen Gebieten Konzessionen für die Forderungen seiner landwirtschaftlichen Freunde zu erreichen. Das gilt besonders für die Wünsche bei Getreide, Hülsenfrüchten und Hafer, und es gilt auch für die Art, wie die Herabsetzung des Weizenpreises gehandelt werden soll. Das letzte Wort in allen diesen Dingen ist noch nicht gesprochen, und es scheint, daß der Druck, unter dem das Kabinett steht, die Entscheidung eher kommt als beabsichtigt.

## Einigung über die Zollmaßnahmen.

Finanz- und Sozialreform verzögern sich.

Berlin, 1. Mai.

In der Reichskanzlei fand eine Chefbesprechung unter dem Vorsitz von Dr. Brüning statt, an der der Ernährungsminister, der Außenminister und der Arbeitsminister teilnahmen. Die Besprechung betraf die Vorbereitung der Kabinettsentwürfe, die über die Agrarfragen fallen sollten.

Weber die von der Regierung geplanten Zollmaßnahmen ist eine Einigung erzielt worden, so daß eine nachmalige Kabinettsitzung am Donnerstag sich erledigt hat. Das Kabinett war sich über den ganzen Fragenkomplex schon vorher einig geworden und hatte nur einige Fragen der Chefbesprechung vorbehalten. Für die nächsten Tage sind keine Kabinettsitzungen vorgesehen.

Die Erledigung der Finanz- und der Sozialreform dürfte dagegen noch einige Zeit auf sich warten lassen. Die Arbeiten des Brauns-Ausschusses an den beiden letzten Gutachten sind fester Vernehmen nach noch nicht so weit gediehen, daß mit schnellen Entscheidungen des Reichskabinetts gerechnet werden könnte. Den Abschluß der Gutachterstätigkeit des Brauns-Ausschusses erwartet man für Ende Mai, so daß die sozialpolitischen Reformen frühestens Anfang Juni durchgeführt werden können.

Anabhängig davon soll aber noch vor Pfingsten die Knappheitsverordnungsverordnung fertig werden, da hier die Steuerung wegen des zunehmenden Zukunftsbedarfs der Knappheit besonders dringlich ist.

## Diätenherabsetzung angenommen. Förderung des Forstzolls im Preussischen Landtag.

Berlin, 1. Mai.

Der Preussische Landtag setzt auf Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei einen Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Verwirklichung öffentlicher Gelder im Wohnungsbau ein. Befähigung findet ein Antrag des Reichsausschusses, der die Regierung erlucht, gegenüber den neuangewählten Beiräten, die Arbeiterarbeit am Mittellandkanal auszuweisen, mit allen Mitteln auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß die Arbeiten nicht verzögert werden. Das Haus legt hierauf die allgemeine Aussprache zur zweiten Lesung des Forsthaushalts fort. Die Bestimmungen werden auf den 5. Mai vertagt. In zweiter Beratung wird der Gesetzentwurf auf Verabreichung der Diäten der Landtagsabgeordneten angenommen.

Das Haus beschäftigt sich schließlich noch mit Straßensanftaltungsanträgen, deren Zustimmung gleichfalls am 5. Mai auf Montag, den 4. Mai, 12 Uhr. Zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums.

## Reform der Zivilprozessordnung.

Festigung des Referentenentwurfs.

Berlin, 1. Mai.

Seit mehreren Jahren ist im Reichsjustizministerium, unter Hinzuziehung juristischer Sachverständiger, an einer neuen Zivilprozessordnung gearbeitet worden. Wie verlautet, ist der Referentenentwurf jetzt fertiggestellt worden. Er ist schon in der nächsten Zeit der Öffentlichkeit übergeben, ist ungewiß.

Der neue Entwurf wird eine Reihe grundlegender Änderungen bringen.

Auf diesen Entwurf hat das österreichische Prozessrecht starken Einfluß ausgeübt, doch hat im Gegensatz zum Strafrechtsentwurf eine Mitarbeit des österreichischen Justizministeriums nicht stattgefunden. Um die Einheitlichkeit mit Österreich herbeizuführen, wird der Entwurf noch vor der Veröffentlichung dem österreichischen Bundesminister für Justiz mit dem Ersuchen um Begünstigung zugehen.

## Die neuen Zölle.

Das Ergebnis der Chefbesprechung.

Berlin, 1. Mai.

Die agrarpolitischen Beratungen des Kabinetts hatten folgendes Ergebnis:

Der Zoll für lebende Schweine wird, zunächst mit Wirkung bis zum 1. November d. J., auf 40 Rm. für den Doppelpennner festgesetzt.

Für die Folgezeit bleibt die Entschärfung des Kabinetts vorbehalten. Diese Erhöhung des Zolls für lebende Schweine geht in der Linie der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen. Danach war eine Zollherabsetzung davon abhängig gemacht, daß der Richtpreis von 70 Rm. unterschritten wurde. Diese Voraussetzung ist durch das Vorliegen der Schweinepreise auf etwa 45 Rm. gegeben. Der Fleischzoll ist im bisherigen Verhältnis zum Vieholl festgesetzt worden.

Für Hafer wird der Zoll auf 16 Rm. für den Doppelpennner erhöht.

Für den für die landwirtschaftliche Produktionsumstellung unentbehrlichen Leguminosenzoll sind die erforderlichen Zollherabsetzungen vorgenommen, und zwar für Speiseerbsen auf 20 Rm., für Futtererbsen und Wachsen auf 8 Rm., für ungeröstete Erbsen auf 6 Rm. und für geröstete auf 8 Rm. Für Futterbohnen, Lupinen und Wicken wird der Zoll auf 5 Rm. bemessen.

Für Gänse tritt in der Zeit vom 16. Oktober bis zum 31. März eine Erhöhung des Zolles auf 2,10 Rm. für das Stück oder 36 Rm. für den Doppelpennner ein.

Die Zwischenzölle für Speck und Schmalz werden aufgehoben; der Zollfuß des Zolles dieser Maßnahmen wird noch bestimmt werden.

Diese Maßnahmen bedeuten einen weiteren Schritt auf dem Wege zu einer Besserung der Lage der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die nachdrücklich gefördert werden muß.

Gleichzeitig wird der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vor dem Reichstag liegenden Mitteln Gebrauch machen, um einer dem Verbraucherschutz nach dem Gesetz vom 28. März 1931 miderprechenden Preisentwertung vorzubeugen. Er wird Sorge tragen, daß die Völkerverträge darüber machen, daß die Handelspreise auch in den Gemeinden gekniffen wird, in denen im Gegensatz zu anderen Gemeinden eine Senkung der Handelspreise noch nicht in ausreichendem Maße erfolgt ist. Bei Fleisch wird ihm so leicht sein, als die Erhöhung der Zölle für Speck und Schmalz hierfür günstiger Voraussetzungen schafft.

Weiter wird alles geschehen, um eine ungerechtfertigte Heraufhebung des Brotpreises zu verhindern oder rückgängig zu machen.

Es ist eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, die es ermöglichen wird, auf den Brotpreis so einzuwirken, daß er eine sichere Grundlage für die entsprechende Berechnung des Brotpreises bieten wird. Auch ist vorgesehen, die Bestimmungen des Brotgesetzes aufzuheben, durch welche die

Bewegungsfreiheit des Mühlen- und Bäckergewerbes zum Nachteil der Brotpreisbildung eingegrenzt wird. Die Lage des Getreidemarktes bietet nunmehr die Möglichkeit hierzu.

## Das Ergebnis des Volksbegehrens.

Von 26 368 215 Stimmberechtigten haben 5 950 929 sich eingetragen.

Berlin, 1. Mai.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Von den 26 368 215 Stimmberechtigten in Preußen haben nach den vorläufigen und unvorläufigen Mitteilungen der Behörden 5 950 929 Stimmberechtigte in die Listen zum Volksbegehren „Landtagsauflösung“ sich eingetragen. Das endgültige und amtliche Ergebnis kann erst festgestellt werden, wenn die Eintragungslisten, die sich jetzt noch in den Händen des Trägers des Volksbegehrens, des Staßfahns, befinden, dem Landesverwahrschuß zugeleitet und nachgeprüft sind.

## Der Gegenanschlag aus Paris.

Das neue Europa-Memorandum.

Paris, 1. Mai.

Der Plan, mit dem der französische Außenminister Briand den deutsch-österreichischen Zollpakt entgegenzutreten will, ist fertig ausgearbeitet. Ein Memorandum soll die Grundlage für die Genfer Diskussion werden. Nicht ausgeschlossen, im Gegenteil, diplomatisch meisterhaft, die europäische Diskussion nach der wohl in Paris auch als verfehlte ermittelte Schimpfkanone gegen Deutschland durch „Sachverhalte“ zugunsten Frankreichs zu beeinflussen.

Soweit die maßgebenden Informationen der Pariser Blätter erkennen lassen, ist das neue Europa-Memorandum in drei Teile gegliedert. Es geht aus von einer eingehenden Darstellung über die Frage der Währungsvereinbarung für wirtschaftliche Ergebnisse, Mittel- und Osteuropas. Zweifellos als Kernstück der französischen Arbeit, mit dem Briand den eigentlichen Gegenanschlag gegen den Wiener Zollpakt zu führen gedenkt. In einem abschließenden Teil werden die Probleme der Finanzhilfe für die wirtschaftlich schwachen, kleineren europäischen Staaten erörtert.

Hier ist der Bierbesuch. Man könnte wohl auch sagen: die Reimarie. Denn soweit ist klar, die französische Diplomatie ist in einer durch die Sachverständigen herbeizuführenden Erörterung viel zu geübt, viel zu geschickt, als daß sie sich die Gelegenheit entgehen ließe, durch Redungen mit dem Scheitern, mit Antieheparieren, nicht gewisse europäische Gruppen auf ihre Seite zu bringen.

Briand will seinen Plan auf dem paneuropäischen Studientausch, der Mitte Mai in Genf tagt, zur Erörterung stellen. Hier wird es also zu einem ersten Duell zwischen ihm und Curtius kommen. Das dabei angestrebte Ziel und Mittel, Deutschland nicht einen sehr leichten Stand haben wird, ist klar. Trogtum wird es Aufgabe ihrer sein, die einseitig europäisch denken, die Kontroverse zwischen Berlin und Paris auf das Maß wieder zurückzuführen, das die Aufgaben, die Europa gestellt sind, zum Zentrum macht.

## Briand oder Doumer?

Der Kampf ums Elshje.

Die französische Verfassung hat, sicherlich mit vollem Bewußtsein, den Kampf um die Präsidentenwahl der Republik den Bedenken der Nation entrückt. Der Präsident wird nicht wie in Deutschland durch das wahlberechtigte Volk, auch nicht wie in Amerika durch Wahlmänner, sondern durch die zur Nationalversammlung vereinigten beiden Parlamente, Kammer und Senat, gewählt.

So ist nun voranher dieser Kampf um die höchste Stelle im Staate in der französischen Republik in die Hände der Berufspolitiker gelegt. Er regt die Massen nicht auf, wenigstens das Interesse selbstverständlich in der Defensiv-

Aber diese Regelung der französischen Verfassung bringt es doch mit sich, daß nach ganz kurzer Zeit nur dem Wahlakt kaum oder nur wenig über den Kampf ums Elshje debattiert wird. Genau 14 Tage sind es noch bis zu dem feierlichen Staatsakt der französischen Nationalversammlung. Soeben hat Präsident Doumergue das Dekret über die Einberufung der Nationalversammlung unterzeichnet.

Am 13. Mai werden Senatoren und Deputierte sich in Versailles versammeln. Und heute kann noch niemand, selbst nicht aus den innersten politischen Kreisen, sagen, wer der Favorit, wer der offizielle Kandidat für die

Nachfolge des Präsidenten Doumergue sein wird. Gemäß die Zahl der Favoriten, die es natürlich in politischen Zirkeln gegeben hat, ist jedem man sich auf die Präsidentenwahl rufen mußte, ist immer enger geworden. Man spricht heute eigentlich nur noch von zwei Kandidaturen: Briand oder Doumer. Es scheint also, als ob der Endkampf sich zu sehr auf den Außenminister und auf den Senatspräsidenten. Aber ob beide aber wer von beiden tatsächlich kandidieren wird, das weiß zur Stunde noch niemand zu sagen.

Einer der eifrigsten Wahlmänner, Franklin Bouillon, hat allerdings durch eine Anfrage das bezeugen, eine gewisse Klärung zu schaffen. Bouillon hat nämlich behauptet,

daß Briand sich Doumer gegenüber ehrenmäßig verpflichtet habe, nicht zu fondrieren. Briand hat sich sehr auffällig befreit, dieses Wahlmanöver als das zu entlarven, was es ist; als unfaires Schwindel. Briands Dementi läßt also durchaus die Möglichkeit einer Kandidatur noch offen. Gleichzeitig erklärt er allerdings, daß er auch im positiven Sinne jede Verhinderung ablehne, er habe sich die Entscheidung vorbehalten.

Kandidiert Briand wirklich, dann dürfte seine Wahl sicher sein. Und dies, obwohl die Rechte gegenwärtig alles tun, um ihn unmöglich zu machen. Es ist also nicht so, daß Briand gerade von der Rechten propagiert wird, um ihn aus dem Außenministerium zu entfernen; man will ihn überhaupt beseitigen. Der 13. Mai wird zeigen, ob dieses immer wieder unternommene Experiment gelingt. Es scheint fast, als ob das Vertrauen für Briand viel größer ist, als er selbst annimmt.

### Briands Schweigen beunruhigt seine Gegner.

In Paris Briand feindlichen Kreisen ist man darüber sehr aufgebracht, daß der Außenminister seine angebliche Kandidatur für die Staatspräsidentenwahl weder offiziell bestätigt noch dementiert. Durch diese Haltung Briands ist man 14 Tage vor dem Zutritt der Reichsminister Nationalversammlung nicht in der Lage, eine klare Einstellung zu den Dingen zu finden. Der Außenminister wolle vernünftig bis zuletzt die „Coulouffimmung“ unterlassen und bearbeiten, ehe er für eine Person einen Entschluß fasse. Interessant ist, daß sich jetzt auch die katholischen Kreise ansehend stark für die Kandidatur Briands einsetzen.

## Snowden über seinen Haushaltsplan

Die Steuerlage in England auch nicht glänzend.

London, 30. April.

Schatzkanzler Snowden bezeichnete seinen Haushaltsplan im Rundfunk als einen Notbehelf. Er stellte zunächst seinen Zuhörern in humorvoller Weise die Überlegung anheim, wieviel schlimmer der Haushaltsplan für den Steuerzahler noch hätte ausfallen können. In diesem Jahre habe er sich auch noch den Reichslagen guter Freunde verschließen können, durch hohe Steuern auf Frachtdrähte, Kagen und Wappensätze den Haushaltsplan auszugleichen. Ernsthaft sagt er fort, daß er mit allen Mitteln vermieden hätte, die Steuerfrage weiter anzugehen. Auf die finanziellen Schwierigkeiten wolle er keine Zuhörer durch die Bemerkung hin, daß sich England in den nächsten Jahren eines ungeglaublichen Wohlstandes erfreuen werde, nicht in Kauf nehmen. Die Steuern werden durch die hohen Zinsen der öffentlichen Anleihen, die er in den nächsten Jahren vorzuschlagen nicht eine solche Quelle zur Verfügung haben würde, die es ihm in diesem Jahre glücklicherweise ermöglicht hätte, eine weitere Steuerbelastung zu vermeiden.

## Deutsche Tageschau.

Weltersten des Reichstages eintrüben.

Der Minister des Reichstages ist für Mittwoch nächster Woche einberufen worden, um zu der Frage einer Zwischentagung des Reichstages Stellung zu nehmen. Die Sitzung wird Vizepräsident von Kardoff leiten, da sich Reichstagspräsident Böde wegen seines Gallenleidens einer Kur unterziehen muß.

Das Hilfswort für „Schweizer Referé“.

Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung haben für das Hilfswort zu Gunsten der Hinterbliebenen der auf Grube „Schweizer Referé“ am 21. Februar 1931 tödlich verunglückten Bergleute je 30 000 RM zur Verfügung gestellt. Nachdem dann dementsprechend auch von anderer Seite erhebliche Spenden eingegangen sind, kann nunmehr diesen Hinterbliebenen die gleiche Verfügung zuteil werden, wie sie anlässlich des großen Grubenunglücks in Alsdorf gewährt worden ist.

Der Arbeiterrechtsvertrag mit Sowjetrußland.

Wie von aufrichtiger Stelle mitgeteilt wird, werden voraussichtlich im Juni in Moskau deutsch-russische Verhandlungen über die Anerkennung des Arbeiterrechts durch die Sowjetunion stattfinden. Die Angelegenheit ist insofern von Bedeutung, als Rußland bisher ohne weiteres alle literarischen und musikalischen Erzeugnisse vertriebsfähig konnte und dadurch in Rußland die ausländischen Autoren um den Betrag ihrer Arbeit gebracht wurden.

## Auslands-Rundschau.

Udrzal droht mit Rücktritt.

Die parlamentarische Krise in der Tschechoslowakei dauert an. Die landwirtschaftlichen Senatoren weigern sich, den Beschluß des Ministers bezüglich der Vorlage über den Straßenfonds und die Mineralölsteuer in der Sitzung des Abgeordnetenhauses anzunehmen. Es wurden jedoch im Ausnahmefall überstimmt und verlassen die Sitzung. Es heißt bereits, daß der Ministerpräsident, der tschechische Agrarier Udrzal, infolge dieser Schwierigkeiten zurücktreten und dem bisherigen Verteidigungsminister, seinem Parteigenossen Blatovsky, Platz machen werde. Es gelang jedoch Persönlichkeiten aus der Umgebung des Präsidenten Masaryk, den Rücktritt Udrzals vorläufig zu verhindern.

Die Wahlen des Agrarabteils.

Der polnische Vertreter im ständigen Ausschuss der Agrarabteilung erklärt in der Presse, daß die Arbeiten des Agrarabteils gute Fortschritte machten. Die wichtigste Aufgabe der landwirtschaftlichen Staaten sei nunmehr die Auffstellung eines Gesamtplanes zur Einführung von landwirtschaftlichen Vorzugszöllen. Der ständige Ausschuss sei für Juni zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden, um diese Aufgaben durchzuführen.

Ausgezeichnete in rumänischen Parlament.

An der nur drei Minuten währenden Sitzung des rumänischen Parlaments verlas Ministerpräsident Jorga nach dem Todeum die auflösende Rede. Der König erklärte darin in einem Satz, daß die Regierung dem Parlament am Nachmittag über die Absichten und Methoden persönlich bekanntzugeben werde. Die Thronrede enthält somit kein Programm. Die Lage ist zur Stunde völlig ungetrübter; es sieht noch nicht so, ob die Regierung das Vertrauen erhält.

Parlamentsauflösung in Bukarest.

Wenigstens der rumänischen Kammer am 1. Juni. — Bukarest, 1. Mai. Der Ministerpräsident Jorga erklärte in der rumänischen Kammer, daß die Regierung eine Zusammenkunft mit dem gegenwärtigen Parlament angeht ihres Programms als unmöglich betrachte. Im Anschluß daran verlas Jorga ein königliches Dekret, wonach das Parlament aufgelöst und der Termin der Neuwahlen für die Kammer auf den 1. Juni und für den Senat auf den 4. Juni festgesetzt wird.

Schanghai sich gemeldet, daß der bisherige Eisenbahnmittler Sun Fo und der bisherige Director Hsiao Tsang Tsung aus Nanjing nach Schanghai geflohen seien und unter dem Schutz der französischen Konzeption ständen. Die ersten Anzeichen einer Revolte hätten sich darin gezeigt, daß die Kantongregierung von Nanjing die Rückgabe von zwei Divisionen gefordert habe, die gegen die Kommunisten eingesetzt seien. Eine Reihe bekannter Generale hätten sich der Bewegung angeschlossen. Die Stellung Tschiang Kaischeks beruhe auf der Stärke seiner Truppen, die jedoch über das ganze Land im Kampf gegen die Kommunisten verteilt seien. Nach einer Meldung der „Times“ aus Hongkong erwartet man in Kanton einen Umsturz.

### Gräueltaten Sandinos?

Nach Meldungen aus Nicaragua soll der Führer der nicaraguanischen Freiheitskämpfer, General Sandino, verfallen die Bevölkerung durch Gräueltaten zu erschrecken. Es wird behauptet, Sandino habe mehrere Gefangene in der Nähe von Puerto Cabezas entkoppelt und ihre Köpfe auf Stangen befestigen lassen. Wie es heißt, soll Sandino von Sowjetrußland ein Angebot auf Waffen- und Munitionslieferung erhalten haben. Sandino habe jedoch die Anregung der Sowjets abgelehnt.

Kanton gegen Nanjing.

Nach Meldungen verschiedener englischer Blätter wird mit dem Ausbruch neuer schwerer Feindseligkeiten in China geredet. Aus Einladung tschechischer Industrieller nach Rußland. Der Oberste Wirtschaftsrat der Sowjetunion hat die Frage der Einladung tschechischer Industrieller nach Moskau zum Studium der russischen wirtschaftlichen Verhältnisse beraten und ihr zugestimmt. Neue Kohlenvorkommen in Rußland. Im südlichen Ural ist es gelungen, ein Kohlenvorkommen zu entdecken, dessen Reichthum auf 1,5 Milliarden Tonnen geschätzt wird. Zusammen mit den bereits in der Ausbeutung befindlichen Gruben beträgt das Kohlenvorkommen des Urals 2,2 Milliarden Tonnen. Rußland baut die größte Zinkfabrik der Welt. Mitte Mai wird in der Nähe von Moskau in der Stadt Woginsk eine Zinkfabrik in Betrieb gesetzt werden, die in deutscher, französischer, englischer, belandischer und japanischer Sprache ihre Erzeugnisse durchzuführen wird. Diese Station wird die stärkste der Welt sein.

## Aus der Umgegend

Neuro, 2. Mai.

Kirchliches. Am kommenden Sonntag wird der Kindergottesdienst der älteren Abteilung wieder in der Kirche abgehalten werden. Gleichzeitig wird der Kindergottesdienst der jüngeren Abteilung auf 11.15 Uhr vormittags verlegt, wie es auch schon früher in der wärmeren Jahreszeit üblich war. Die Eltern werden gebeten, hierauf zu achten. Auch die Bibelfunden beginnen von Mittwoch ab wieder um 8.15 Uhr. Auf die Frauenmissionstunde am kommenden Dienstag abend 8.15 Uhr wird noch besonders aufmerksam gemacht.

Der Haus- und Grundbesitzerverein labet für heute Abend seine Mitglieder und deren Freunde zu einem Vortragabend in den Gasthof „Zur Sonne“ ein. Der Haus- und Grundbesitzer kämpft heute mehr als je um seine Scholle, nur enger Zusammenhalt vermag noch seinen gänzlichen Ruin zu verhindern. Vielleicht ist er schon zu lange dem Spiel um Sein oder Nichtsein nach bekannter Gewohnheit des Mittelstandes talentos zugegeben, aber schließlich ist doch die Parole: Es muß gerettet werden, das muß zu retten ist. Darum ihr Haus- und Grundbesitzer, kommt und laßt euch belehren über das, was in dieser Notzeit zu tun ist. Gäste sind natürlich wie immer willkommen.

Stadtbühnenspiele. Einen Sensationsfilm von Autos und Liebe werden die Stadtbühnenspiele ihren Besuchern am Sonntag vorlegen. Der Film ist reich an spannenden Momenten, die die Zuschauer nicht aus dem Saal lassen werden. Die Hauptrolle spielt der in Sensationsfilmen weitbekannte Bobb Stoll. — Der zweite Film „Zurück“ führt uns nach Turkestan in Asien, ein Land reich an Schätzen, die jedoch nicht ausgewertet sind. Der Film wird uns ferner mit dem Leben und Treiben der Turken bekannt machen.

Der Frühling zieht ein, und wo kann er sich wohl schöner zeigen als in unserem Ausflugsort Bismarck. Das hat den rührigen Wirt vom „Schweizerhaus“ veranlaßt, für morgen ein Blütenfest zu arrangieren, indem sich ein Tanztrupp am Abend anreisen wird.

Gefasste Viehe. Am Donnerstag nachmittags gegen 4.50 Uhr stiegen die Arbeiter Max Höfler und Karl Bruder, beide aus Wippach, in das Magazin der Gewerkschaft Orlas ein und montierten Breiter ab. Durch das Bohren wurde aber auf dem Drahtschlag wohnende Gustav Drellenberg aufmerksam und stellte Bruder, während Höfler mit einem Posten Breiter aus dem Grundstift herausgegangen war. Drellenberg forderte Bruder auf, unermüßlich das Grundstift zu verlassen, doch das tat dieser nicht und so kam es zwischen beiden zu Streitigkeiten. Inzwischen war Höfler zurückgekommen, und nun fielen beide über Drellenberg her, schlugen ihn mit einem Hammer auf den Kopf und drohten ihm mit einem Messer für den Fall, daß er etwas verreten würde. Darauf luden sie das Weite. Gestern (Freitag) vormittag sind beide durch Landjäger Wlitz und Polizeiwachtmeister Lenz dem Amtsgericht Rebra zugeführt worden und leben nun ihrer Bestrafung entgegen.

Straßenbauten im Untertal. Im Gebiete des Untertales hat man mit umfangreichen Straßen- und Neubauten begonnen, um auf diese Weise den Auto- und damit auch den Fremdenverkehr in dieser Gegend wesentlich zu fördern. So wird die Wiehe-Miesendorfer Straße zwischen Naußig und Dombdorf umgebaut. Der Durchgangsverkehr bewegt sich jetzt auf der Straße Artern-Kalbsrieth-Schöneberg-Bottendorf-Rohleben und Wiehe. Nur die Straße Wiehe-Posta, die die einzige Umgehung der Zinne in weitem Umkreise bildet, soll vorläufig noch nicht umgebaut werden. Es wird aber auch hier eine vorrührtsmäßige Verbesserung der Kurven dieser viel befahrenen Straße geplant. Neu gebaut wird die Straße Buscha-Saubach, die einen zweiten Umgehung über die Straßeberg in Richtung Buscha-Naumburg bildet. Auch das Zinsendstift Buscha-Naumburg wird zur Zeit zu einer modernen Verkehrsstraße umgebaut, so daß die bisher sehr vielen Verkehrsverhältnisse im mittleren Untertal wesentlich gebessert werden.

Sängerfest in Bottendorf. Der Männergesangsverein Bottendorf kam in diesem Jahre auf ein 50jähriges Bestehen zurück. Dieses Ereignis soll in würdiger Weise begangen werden und zwar wird für den 5. Juli ein größeres

Sängerfest vorbereitet, zu dem die im Untertal angehörenden Gesangsvereine geladen und auch ermahnen werden. Die Leitung dieses Gesangsfestes wird Herr Lehrer Streubel-Rohleben durchführen, weil der gegenwärtige Dirigent des Vereins, Herr Lehrer Kelpoth, während der Zeit des Festes Verpflichtungen übernommen hat, die seine Abwesenheit bedingen.

Ein Kreisstag findet am Freitag, dem 15. Mai 1931, 10.30 Uhr statt. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Prüfung, Feststellung und Entlastung der Rechnung der Kreisfiskalkasse für das Rechnungsjahr 1929 nach erfolgter Prüfung. 2. Alljährliche Neuwahl der Vertrauensmänner für die Ausschüsse bei den Amtsgerichten zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen. 3. Neuwahl einiger Schöffenmänner bzw. Stellvertreter für ländliche Schöffenmännerbezirke des Kreises. 4. Aenderung der Satzung der Kreispartei. 5. Ergänzung der Besoldungsordnung des Kreises Quersfurt. 6. Aenderung der Wertzuwachsteuerordnung für den Kreis. 7. Verkauf eines Grundstücks an die Stadt Quersfurt. 8. Erhaltung des Verwaltungsbezirks für das Jahr 1930. 9. Feststellung des Kreishaushaltungsveranschlagung für das Rechnungsjahr 1931. 10. Verkauf von Aktien der Landstufwerke Leipzig.

Falkenklub im Umland. Im Kreise Quersfurt sind in den letzten Tagen folgende Jungfalkenmäntel aufgetaucht, nachdem erst vor kurzem falsche Zweimäntel in den Verkehr gebracht wurden.

Artern. Vormittag zwischen 10 und 11 Uhr ereignete sich im Rhythimzimmer der hiesigen Volksschule eine Explosion, bei der die Lehrerin und vier Schülerinnen zum Teil erhebliche Verletzungen erlitten.

Artern. Am Freitag gegen den ehemaligen Bürgermeister von Artern G. L. u. wurde gestern in den beiden Vormittagsstunden das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde wegen Missetat verurteilt nach § 346 StGB und 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Die letzten fünf Monate der Gefängnisstrafe sollen dem Verurteilten erlassen werden, falls er sich in einem Zeitraum von einundzwanzig Monaten einwandfrei geführt hat. Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Seeburg. Ertrunken beim Badefußbaden ist am Sonntag bei dem stämmigen Wetter auf dem Süssen See der Proturist Hey von der Fa. Mämbke-Teufelbach. Das Boot schwam. Während Herr Hey sich nicht mehr retten konnte, schwamm der zweite Jahrgang des Bootes glücklich bis ans Ufer. Einigen Schwimmern gelang es mit Hilfe von Wengen die Leiche des Verunglückten aufzufinden und zu bergen.

Erfurt. In der Woche vom 3. bis 9. Mai findet in Erfurt ein funktionspädagogischer Lehrgang statt, der vom Provinzialkollegium und dem Verbandsrat zur Förderung der Museumsinteressen in der Provinz Sachsen gemeinsam veranstaltet wird. Das Programm des Lehrganges behandelt im engen Anschluß an die Erfahrungen der hiesigen Arbeitsgemeinschaft „Museum und Schule“ Themen der zeitlichen Kunst vom Standpunkt der Augenheilkunde in Vorträgen, Referaten und Lehrproben, an die sich Ausprobieren und Besichtigungen anschließen. Teilnehmer des Kurses sind Röntgenphysiker und Zeichnerlehre höherer Lehranstalten der Provinz. An den Vorträgen und Lehrproben, die größtenteils im Museum stattfinden, sind Erfurter, Sachse des Museums, der Pädagogischen Akademie und hiesiger Schulen herangezogen beteiligt.

Jena. Unterhalb der Gansdorfer Brücke wurden in der Saale die Leichen zweier neugeborener Kinder gefunden. Es handelt sich um ein Zwillingsspaar. Die Leichen waren, die eine mit dem Kopf nach oben, die andere mit dem Kopf nach unten mit Bindbänden zusammengeknüpft und in Packpapier eingeschlagen. Es scheint, daß das Paket in Jena in die Saale geworfen worden ist. Gegenwärtig findet eine gerichtliche Untersuchung darüber statt, ob die Kinder gelebt haben.

Leipzig. Im Museum der bildenden Künste wurde von einem Unbekannten der Dürer-Kupferstich „Ritter, Tod und Teufel“ aus der Dürer-Sammlung haussmann gestohlen. Das Blatt war mit 8000 Mark taxiert.

Wittenberg. Mit einer hauptberuflichen Sammlung wurde das diesjährige Provinzialmissionsfest abgeschlossen. Ein Betrag von rund 6000 Mark konnte den Zwecken der äußeren Mission zur Verfügung gestellt werden.

Verkau (Kr. Stendal). Das 17-jährige Hausmädchen Schütz wurde am Hof eines hiesigen Landwirts durch einen Schuß in den Oberkörper verletzt und mußte ins Krankenhaus nach Stendal gebracht werden. Das Mädchen hatte ihre Freundin besuchen wollen und war mit dem Knack Spitz in ein Gespräch gekommen, in dessen Verlauf der Knack „im Scherz“ ein Revolver auf die Schütz abdrückte, ohne zu wissen, daß sich im Lauf eine Kugel befand.

Cangenjatz. Am Mittwoch früh zwischen sechs und sieben Uhr überfiel im Hause Oststraße 6 der 17-jährige Schlosser Willi Wagner die 17-jährige Anna Schaefer in Abwesenheit ihrer Mutter und brachte ihr mehrere Messerschnitte bei, die ihren 10-jährigen Tod herbeiführten. Dann gab Wagner einen Schuß auf sich selbst ab. Er wurde blutüberströmt in einem Hausflur aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht. Motiv der Tat: Verlöbnisbrüche.

Magdeburg. Von der bei der Explosionstafel in der Sacharinfabrik Fahlgberg, Akt & Co. schwer verletzten Arbeiterinnen sind inzwischen zwei im Krankenhaus verstorben. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer auf zehn. Der Untersuchung der Ursachen der Explosion hat die Sacharinfabrik bei der Sacharinfabrik sind gestern in Magdeburg mehrere Beamte des Preussischen Innenministeriums eingetroffen.

## Neues aus aller Welt.

Das Hilfswort für die Hinterbliebenen von Schweizer-Referé. Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung haben für das Hilfswort zugunsten der Hinterbliebenen der auf Grube Schweizer-Referé am 21. Februar 1931 tödlich verunglückten Bergleute je 30 000 RM zur Verfügung gestellt. Nachdem dann dementsprechend auch von anderer Seite erhebliche Spenden eingegangen sind, kann nunmehr diesen Hinterbliebenen die gleiche Verfügung zuteil werden, wie sie anlässlich des großen Grubenunglücks in Alsdorf gewährt worden ist.

Weitere Verhaftungen in der Sacharin-Schmuggelangelegenheit. Im Zusammenhang mit der Sacharin-Schmuggelangelegenheit sind auf der ganzen Grenze, besonders in Südböhmen, zahlreiche Verhaftungen voraenommen



## Vor einschneidenden Maßnahmen.

Reichsbahngerichtsentscheidung zu Gunsten Sachsens.  
Leipzig, 1. Mai.

Das Reichsbahngericht hat auf die Klage des sächsischen Staates gegen die Deutsche Reichsbahngesellschaft entschieden: Die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist nicht berechtigt, eine wesentliche Aenderung des jetzigen Gebietes der Reichsbahndirektion Dresden, wie die Zuweisung von Anzweigungen und Nebenanschlüssen der Leipziger Bahnhöfe, ohne Zustimmung der sächsischen Regierung vorzunehmen. Der Antrag der Reichsbahngesellschaft auf Feststellung des Gegenteils wurde abgewiesen.

In der Verhandlung wies Reichsbahndirektor Mittel darauf hin, daß die Bereinstellung der Reichsbahnbezirke für Leipzig mit der Gesamtunterstellung der Leipziger Bahnhöfe unter die Reichsbahndirektion Halle eine jährliche Ersparnis von wenigstens 1,5 Millionen Rm. bedeuten würde. Auf die Frage des Vorstehenden nach den Auswirkungen des Damesplanes für die Reichsbahn erklärte Mittel, daß die Reparationsbelastung im Jahre 1924 ganz anders ausgefallen habe, als sie sich früher auswirkte. Es seien Momente aufgetreten, die es der Reichsbahn unmöglich machten, auf die Einparung eines so hohen Betrages zu verzichten, zumal der Reichsbahnbezirk Dresden an sich schon aufwärtsbedürftig sei.

Die Reichsbahn werde in Kürze auf Grund der Wirtschaftslage überhaupt gezwungen sein, Maßnahmen zu treffen, die einschneidend auf den gesamten Verkehr wirken müssen.

## Hansmann stellt Straf Antrag.

Er will die Aeußerung über die Frontsoldaten nicht gemahnt haben.

Berlin, 30. April.  
Durch die Presse war die Nachricht gegangen, daß der Landrat Hansmann in einer öffentlichen Versammlung der Sozialdemokratischen Partei in Nierendorf bei Sattlingen gelangt haben soll: „Der deutsche Frontsoldat habe Soldaten mit mir dann gesagt und wäre nur dem zum Angriff vorgegangen, wenn er befohlen wie ein Schwein gewesen sei.“ Mehrere deutschnationale Abgeordnete hatten diese Meldung zum Gegenstand einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtag gemacht und das Staatsministerium um Auskunft ersucht, was gegen den Landrat Hansmann wegen dieser lakonischen Beschimpfung der alten Frontsoldaten veranlaßt sei.

Der preussische Innenminister hat jetzt hierauf folgende Antwort erteilt: Nach dem Ergebnis der amtlichen sehr eingehenden Untersuchung hat Landrat Hansmann die ihm in den Mund gelegte, in der Anfrage wiedergegebene Aeußerung nicht getan. Er hat im übrigen gegen die „Reinisch-Weissfische Zeitung“, die jene Behauptung als erste verbreitet hat, Straf Antrag wegen Verleumdung und wider Nachrede gestellt, so daß die Angelegenheit demnächst auch vor den ordentlichen Gerichten klargestellt werden wird.

## Wieder 1000 Mark Geldstrafe.

Dr. Goebbels wegen Verleumdung der Reichsregierung verurteilt.

Berlin, 30. April.  
Die Zweite Große Strafkammer beim Landgericht III verurteilte am Mittwoch in der Berufungsverhandlung Dr. Goebbels unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils wegen Verleumdung der Reichsregierung zu einer Geldstrafe von 1000 Rm. oder 50 Tagen Gefängnis. Es handelte sich um einen Artikel vom Dezember 1929 im „Angriff“, in dem Mittalder der Reichsregierung „Landesverräter am Volk“, „begehrte Mittel der Befähigung“, usw. genannt worden waren. Der Staatsanwalt hatte gegen Dr. Goebbels jeder Monats Gefängnis beantragt.

## Die angebliche Straßburger Spionage.

Der Hauptverdächtige wieder auf freiem Fuß.

Paris, 30. April.  
Das Karrenhaus der angeblichen Straßburger Spionageangelegenheit beginnt, in sich zusammenzubrechen. Der Untersuchungsrichter hat sich bereits gezwungen gesehen, den Hauptverdächtigsten Krieger freizulassen.

Der Verdacht, daß Krieger zahlreiche Pläne über Befestigungsarbeiten, die in seiner Wohnung gefunden worden waren, an die „Spionagezentrale“ in Stuttgart anschiefern wollte, hat sich als unbegründet erwiesen. Krieger erklärte bei seiner Vernehmung, daß er von keinem Borgelegten dem Geniehauptmann Greffe die Erlaubnis erhalten habe, zu Hause zu arbeiten. Der als Zeuge vernommene Offizier bestätigte diese Angabe Kriegers und erklärte, daß die aufgefundenen Pläne ganz unwichtig seien und von jedermann beschafft werden können.

Es wird erwartet, daß auch die übrigen Verdächtigten bald auf freiem Fuß gesetzt werden. Interessant ist, daß einer der bei Krieger gefundenen Pläne einen Kongressvertrag behandelt, der ein System Krupp's ist.

## Angriff auf Funchal.

Blutige Zusammenstöße in Hissabon.

London, 30. April.  
Nach einer Meldung aus Madeira wurde das Kanonenboot „Joo“, das den Bodabedienten verfehlt, von den Aufständischen vor Funchal beschossen. Das Kanonenboot erwiderte das Feuer und zwang die Aufständischen, ihre Stellungen aufzugeben. Weiter wird gemeldet, daß die Wasserfliegende der Regierung die drablose Station der Aufständischen auf dem Fort „Abraham der Säulen“ bei Funchal mit Bomben besetzt und zum Schließen gezwungen haben. Alle Fliegzeuge sind wohlbehalten nach Funchal zurückgeführt. Ein Hospitalschiff in Hissabon hat Befehl erhalten, sich für die Abfahrt nach Madeira bereitzustellen.

Der Angriff auf Madeira hat ohne vorherige Warnung stattgefunden, entgegen der Versicherung einer 24stündigen oergerigen Ankündigung, die die portugiesische Regierung mit den interessierten Mächten vereinbart hatte. Die drei internationalen Systeme in Funchal werden allgemein als neutrale Zone geachtet.

Aus Hissabon wird gemeldet, daß am Dienstag Regierungstruppen auf einen Demonstrationzug, der sich gegen die Diktatur richtete, gefeuert haben, wobei 15 Studenten zum Teil schwer verwundet wurden. 60 Verhaftungen wurden vorgenommen. Aus Oporto und Braga werden ähnliche Rundgebungen gegen die Diktatur gemeldet.

## Betr. trigonometrische und topographische Vermessungen.

Das Reichsamt für Landesaufnahme in Berlin beabsichtigt bis Ende Oktober d. J. im hiesigen Kreise trigonometrische und topographische Vermessungen auszuführen. Zur Ausführung dieser gemeinnützigen und wissenschaftlichen Arbeiten ist die Unterstützung aller Behörden und Privatpersonen erforderlich. Es wird daher hierdurch gebeten, den ausführenden Beamten des Reichsamtes, die mit einem Ausweis versehen sind, die notwendige Hilfe zu leisten, die insbesondere in folgendem besteht:

Ortskundige Führer, Arbeiter für andere notwendige Arbeiten und Botengänge, ebenso Mietsfahrwerke sind auf Verlangen gegen ortsbübliche Bezahlung zu stellen;

die Befestigung von Türmen und die zur Herstellung von Beobachtungseinrichtungen auf diesen etwa erforderlichen Anstalten sind zu gestatten;

das zur Errichtung der Signale erforderliche Holz ist, soweit es aus staatlichen Forsten nicht erlangt werden kann, in der erforderlichen Menge von den Grundbesitzern aus ihrem Gehölz gegen den üblichen Preis abzugeben, vorhandenes Kartenmaterial über das aufzunehmende oder zu erkundende Gelände ist auf Wunsch zur Verfügung zu stellen.

Unter Hinweis auf die Strafbestimmungen des § 26 des Feld- und Forstpolizeigesetzes in der Fassung vom 21. Januar 1926 (G. S. S. 83) und des § 304 (N. Str. G. B.) wird gleichzeitig gebeten, den errichteten Signalen und sonstigen Messungsschildern den erforderlichen Schutz angedeihen zu lassen.

Quersfurt, den 16. April 1931.

Der Landrat. gez.: Dr. Wandersleb.

Wird veröffentlicht: Nebra, den 28. April 1931.

Die Volkshverwaltung. Grünberg.

## Haus- u. Grundbesitzer-Berein Nebra u. Umgegend

Am Sonnabend, den 2. Mai, abends 8 Uhr findet im Saale des Hotel „Zur Sorge“ ein Vortrag statt.

Es spricht:

1. Vom Preussischen Landesverband der Haus- und Grundbesitzer-Bereine Herr Clemens-Merckeburg über: **Gein oder Nichtsein des Hausgrundbesitzes**

2. Herr Maack-Salle über: **Hausbesitz und Volkswohl**

Anschließend: Diskussion und Auslastungs-Erteilung über landwirtschaftliche Anlagen usw.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder und deren Frauen ist unbedingt erforderlich. Gaste sind herzlich willkommen.

Eintritt frei! Der Vorkanb.

**Färberei Bartels-Naumburg a. S.**  
Chem. Reinigung — Grosswäscherei  
**Gefärbtes Kleid — gespartes Geld**  
30jährige Erfahrungen  
Annahmestelle: **Nebra, Emil Krey**

Neu erschienen:

# Aus Deutschen Gauen

**Album für frohe Kreise**  
6 der schönsten Stimmungs-Potpourris  
**Ein Melodienkranz aus 115 Liedern**

u. a.:

Ich muß wieder einmal in Grinzing sein Im Prater blüh'n wieder die Bäume Im Rolandsbogen Wien wird bei Nacht erst schön Ein rheinisches Mädchen Das ist der Frühling in Wien Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren In der Pfalz Es war einmal ein treuer Husar Leb' wohl schwarzbraunes Mägdlein O du wunderschöner deutscher Rhein Warum ist es am Rhein so schön Da draußen in der Wadua Das ist a Wein Das Herz am Rhein Das Band zerrissen und du bist frei Jetzt trink' wir noch a Flascherl Wein Grüße an die Heimat (Teure Heimat) Ein Voglein sang im Lindenbaum Beim Höldestrand Fein, fein schmekt uns der Wein Wein-Walzer Lasset uns das Leben genießen Aus der Jugendzeit Schön ist die Jugend Waldestlust Wer das Scheiden hat erfunden O Susanna es am Rhein Es war ein Knabe gezogen Herz die alten Eichen rauschen Wie's daheim war	Verlassen, verlassen bin i Zieh hinaus beim Morgengraun Vom Rhein der Wein Wer nicht liebt Wein, Weib und Gesang Still ruht der See Wir woll'n ein hübschen schmeukeln Der kreuzfidele Kupferschmid Der Rixdofner Die schönsten Augen (Du hast Diamanten und Perlen) O schöne Zeit, o sel'ge Zeit Schaukellet (Sprich mein Liebchen, ach) Wenn die Blätter leise rauschen Da, wo der Nektar glüht Die alten Deutschen tranken noch ein Keinen Tropfen im Becher mehr O alte Burschenherlichkeit Warum sollt' im Leben Hinatus in die Ferne Im Wald und auf der Heide O Straßburg, o Straßburg Schatz, mein Schatz, reist nicht so weit von An der Weser Auf ihr Brüder, laßt uns wallen Ich kenn' einen hellen Edelstein Ich schnitt' es gern in alle Rinden ein Lustig ist das Zigeunerleben Was nützt mir ein schöner Garten Herzlichchen mein unter Rebendach Mein Mädel hat einen Rosenmund Vogelbärbaum
--	---

u. v. a.

**Elegante Ausstattung! 4 Farben-Titel 76 Seiten stark!**  
**Ausgabe für Klavier (mit überl. Text) RM. 4.-**  
Dazu erschien auch **Violine RM 2.-** und **Cello RM 1.50**  
Zu beziehen durch jede Musikalien- u. Buchhandlung oder wo nicht erhältlich direkt vom Verlag ANTON J. BENJAMIN, A.-G., LEIPZIG C 1, Taubchenweg 20  
Postcheck-Konto: Leipzig, 664 31

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwielenen Aufmerksamkeiten und Geldenke danken wir zugleich im Namen unserer Eltern herzlichst

**Apotheker Walter Gutmuths und Frau**  
Tolde geb. Doerr

**Zur Burg**  
Café Konditorei

Jeden Sonntag und Feiertag  
**vornehmer Dielen-Betrieb**  
mit großer Stimmungs-Musik  
**Maibowle — ff. Schoppenweine**  
Es lobet freundlichst ein **D. Wäber**

**Schweizerhaus**  
**Vitzenburg**

Sonntag, den 3. Mai  
**Blütenfest**  
abends **BALL**  
Es lobet freundlichst ein **Wirthmann**

**Inserieren bringt Gewinn**

**Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof**

Sonntag, den 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**„Rivalen im Weltrekord“**  
Fernerr:  
**„Zurück“**  
Das Epos einer Eroberung.  
Es lobet freundlichst ein **Borgwardt.**

**Turnverein Nebra (D.L.)**  
Sonnabend, den 2. Mai  
abends 8 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche**  
**Verammlung**  
im Ratskeller.  
**Der Vorstand.**

**Sommerprossen**  
werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke beseligt. Preis **4 2/5** in Nebra: Adler-Drogerie W. Gutmuths

**GESCHAFTS BÜCHER**

**J.-KÖNIGSBERG**  
GESCHAFTSBUCHERFABRIK  
**HANNOVER**

und anderer bekannter Firmen liefert

**Buchhandlg. W. Sauer**  
Roßleben

**Edel-Buschrosen**  
20 Stck. 3.50, 100 Stck. 12.50 Mk.,  
Kletterrosen, 1 Stck. 50 Pf. liefert  
Erich Vollbrecht,  
Rosenkulturen, Treptow a. d. Rega

# Nebrauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Kofleben.

Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kofleben.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.

Fernsprecher: Amt Kofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 0 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restammet 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtparlasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 53

Sonnabend, den 2. Mai 1931.

44. Jahrgang

## Ausprochungen beim Kanzler.

Die Forderungen der Sozialdemokraten.

Berlin, 30. April.

Reichskanzler Brüning empfing als Vertreter der sozialdemokratischen Partei die Abgeordneten Breitfeld, Herz und Hilferding. Die Vertreter der Sozialdemokraten legten dem Kanzler dar, eine wie gefährliche Lage in psychologischer Hinsicht entstehen würde, wenn die Verpflegung des Zollermächtigungsgesetzes, den Brotpreis auf der Höhe des letzten halben Jahres zu halten, nicht eingehalten werde.

Der Kanzler erwiderte, daß die Reichsregierung beabsichtigt, den Brotpreis auf der alten Höhe zu halten, und daß die Entschädigung über die dazu erforderlichen Maßnahmen vom Kabinett in kürzester Frist herbeigeführt werden soll.

Bei diesen Maßnahmen dürfte, wie verlautet, eine Senkung des Weizenpreises für ein bestimmtes Einfuhrkontingent (500 000 Tonnen) sowie eine Minderung des Brotpreises in Betracht kommen, die vielleicht eine geringe Herabsetzung der Qualität des Brotes bringen würde.

Die Sozialdemokraten dürften sich mit diesen Maßnahmen kaum zufrieden geben, weil sie nicht der Meinung sind, daß dadurch die jetzige Brotverschönerung wieder rückgängig gemacht und eine etwaige weitere Preissteigerung vermieden werden könne.

Ebenso haben die Sozialdemokraten Bedenken gegen die Erhöhung der Zölle für Hülsenfrüchte, Speid und Schmalz und insbesondere für Soja.

Was die Frage einer früheren Reichstags-Einberufung angeht, so wollen sich die Sozialdemokraten dem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages nicht anschließen, weil sie der Meinung sind, daß erst bestimmte Handlungen der Regierungspolitik festliegen müssen, ehe das Parlament zur Entschädigung berufen werden könnte.

## Dr. Gereke bei Brüning und Schiele.

Der Landvolksführer Reichstagsabgeordneter Dr. Gereke hatte ebenfalls eine Unterredung mit dem Reichsernährungsminister Schiele über die für vor der Entscheidung stehenden Zollfragen. Im Anschluß daran wurde Dr. Gereke vom Reichskanzler Dr. Brüning empfangen, mit dem er über die gesamtpolitische Lage und insbesondere über die Zollforderungen der Landwirtschaft sprach.

Durch diese Besuche hat der Reichskanzler also zwischen zwei Feuern geblieben, und dieses Bild ist um so zutreffender, als von beiden Seiten her sehr nachdrücklich die Forderungen dieser Gruppen vertreten und für den Fall ihrer Nichterfüllung Folgerungen in Aussicht gestellt wurden. Für die nächste Kabinettsitzung hat der Reichskanzler also reiches Material, und es wäre vielleicht wirklich verfrucht, zu glauben, daß schon am Donnerstag endgültige Beschlüsse zu fassen kämen. Immerhin darf man als sicher annehmen, daß der Vorstoß des Reichsernährungsministers in der Frage des Butterzolls erledigt ist, und das verhältnismäßig schnelle Nachgeben Dr. Schieles scheint die Vermutung zu bestätigen, daß er diese Aktion von vornherein für aussichtslos hielt und sie nur unternahm, um auf anderen Gebieten Kompensationen für die Forderungen seiner landwirtschaftlichen Freunde zu erreichen. Das gilt besonders für die Zollwünsche bei Getreide, Hülsenfrüchten und Soja, und es gilt auch für die Art, wie die Herabsetzung des Weizenpreises gehandhabt werden soll. Das letzte Wort in allen diesen Dingen ist noch nicht gesprochen, und es scheint, daß der Druck, unter dem das Kabinett geht, die Entschädigung eher

## Diätenherabsetzung angenommen.

Fortschegung des Fortsetzels im Preussischen Landtag.

Berlin, 1. Mai.

Der Preussische Landtag legt auf Antrag der Deutschen nationalen und der Deutschen Volkspartei einen Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Bewirtschaftung öffentlicher Gelder im Wohnungsbau ein. Beschäftigung findet ein Antrag des Verkehrsministeriums, der die Regierung ersucht, gegenüber den neuaufgetauchten Bestrebungen, die Weiterarbeit am Mittelstandland auszulassen, mit allen Mitteln auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß die Arbeiten nicht verzögert werden. Das Haus legt hierauf die allgemeine Aussprache zur zweiten Lesung des Fortsetzels fort. Die Abstimmung werden auf den 5. Mai verlegt. In zweiter Beratung wird der Gegenentwurf auf Herabsetzung der Diäten der Landtagsabgeordneten angenommen.

Das Haus beschäftigt sich schließlich noch mit Strafvollzugsanträgen, deren Abstimmung gleichfalls am 5. Mai stattfinden soll. Um 14.30 Uhr verläßt sich das Haus auf Montag, den 4. Mai, 12 Uhr. Zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums.

## Reform der Zivilprozessordnung.

Fertigstellung des Referentenentwurfs.

Berlin, 1. Mai.

Seit mehreren Jahren ist im Reichsjustizministerium, unter Hinzuziehung juristischer Sachverständiger, an einer neuen Zivilprozessordnung gearbeitet worden. Wie verlautet, ist der Referentenentwurf jetzt fertiggestellt worden. Da er schon in der nächsten Zeit der Öffentlichkeit übergeben wird, ist ungewiß.

Der neue Entwurf wird eine Reihe grundlegender Neuerungen bringen.

Auf diesen Entwurf hat das österreichische Prozessrecht starken Einfluß ausgeübt, doch hat im Gegensatz zum Strafrechtsentwurf eine Mitarbeit des österreichischen Justizministeriums nicht stattgefunden. Um die Einheitlichkeit mit Österreich herbeizuführen, wird der Entwurf noch vor der Veröffentlichung dem österreichischen Bundesminister für Justiz mit dem Ersuchen um Begutachtung zugehen.

## Die neuen Zölle.

Das Ergebnis der Chefbesprechung.

Berlin, 1. Mai.

Die agrarpolitischen Beratungen des Kabinetts hatten folgendes Ergebnis:

Der Zoll für lebende Schweine wird, zunächst mit Wirkung bis zum 1. November d. J., auf 40 RM. für den Doppelzentner festgesetzt.

Für die Folgezeit bleibt die Entschädigung des Kabinetts vorbehalten. Diese Erhöhung des Zolls für lebende Schweine geht in der Linie der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen. Danach war eine Zollherabsetzung davon abhängig gemacht, daß der Marktpreis von 70 RM. unterfröhig wurde. Diese Voraussetzung ist durch das Absinken der Schweinepreise auf etwa 45 RM. gegeben. Der Fleischzoll ist im bisherigen Verhältnis zum Viebzoll festgesetzt worden.

Für Soja wird der Zoll auf 16 RM. für den Doppelzentner erhöht.

Für die für die landwirtschaftliche Produktionsumstellung unentbehrlichen Leguminosen sind die erforderlichen Zoll-erhöhungen vorgenommen, und zwar für Speiseerbsen auf 20 RM. für Futtererbsen und Aehren auf 8 RM., für ungetreidete Bohnen auf 6 RM. und für gereinigte auf 8 RM. Für Futterbohnen, Lupinen und Wicken wird der Zoll auf 5 RM. bemessen.

Für Gänse tritt in der Zeit vom 16. Oktober bis zum 31. März eine Erhöhung des Zolles auf 2,10 RM. für das Stück oder 36 RM. für den Doppelzentner ein.

Die Zollhöhen für Speid und Schmalz werden aufgehoben; der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Maßnahmen wird noch bestimmt werden.

Diese Maßnahmen bedeuten einen weiteren Schritt auf dem Wege zu einer Besserung der Lage der landwirtschaftlichen Erzeugnisseproduktion, die nachdrücklich gefördert werden muß.

Gleichzeitig wird der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft von allen zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen, um einer dem Verbraucherschutz nach dem Gesetz vom 28. März 1931 widerprechenden Preisentwicklung vorzubeugen. Er wird Sorge tragen, daß die Verbraucherregierungen darüber machen, daß die Handelspreise auch in den Gemeinden geteilt wird, in denen im Gegensatz zu anderen Gemeinden eine Senkung der Handelspreise noch nicht in ausreichendem Maße erfolgt ist. Bei Getreide wird dies um so leichter sein, als die Erhöhung der Zölle für Speid und Schmalz hierfür günstigere Voraussetzungen schafft.

Weiter wird alles gehen, um eine ungerechtfertigte Erhöhung des Brotpreises zu verhindern oder rückgängig zu machen.

Es ist eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, die es ermöglichen wird, auf den Brotpreis einzuwirken, daß eine sichere Grundlage für die entsprechende Berechnung des Brotpreises bieten wird. Auch ist vorgesehen, die Bestimmungen des Brotgesetzes aufzuheben, durch welche die

Bewegungsfreiheit des Mühlen- und Bäckergewerbes zum Nachteil der Brotpreisbildung eingengt wird. Die Lage des Getreidemarktes bietet nunmehr die Möglichkeit hierzu.

## Das Ergebnis des Volksbegehrens.

Von 26 368 215 Stimmberechtigten haben 5 950 929 sich eingetragen.

Berlin, 1. Mai.

Der Amtliche Preussische PresseDienst teilt mit: Von den 26 368 215 Stimmberechtigten in Preußen haben nach den vorläufigen und unverbügelten Mitteilungen der Behörden 5 950 929 Stimmberechtigten in die Listen zum Volksbegehren „Landtagsauflösung“ sich eingetragen. Das endgültige und amtliche Ergebnis kann erst festgestellt werden, wenn die Eintragungslisten, die sich jetzt noch in den Händen des Trägers des Volksbegehrens, des Stahlhelm, befinden, dem Landesstatistikamt zugeleitet und nachgeprüft sind.

## Der Gegenanschlag aus Paris.

Das neue Europa-Memorandum.

Paris, 1. Mai.

Der Plan, mit dem der französische Außenminister Briand den deutsch-österreichischen Zollpakt entgegneten will, ist fertig ausgearbeitet. Ein Memorandum soll die Grundlage für die Genfer Diskussion werden. Nicht ungeschickt, im Gegenteil, diplomatisch meisterhaft, die europäischen Diskussionen nach der Wahl in Paris auch als verheißt ernten Schimpfannonade gegen Deutschland durch „Sachverhalte“ zugunsten Frankreichs zu beeinflussen.

Soweit die maßgeblichen Informationen der Pariser Blätter erkennen lassen, ist das neue Europa-Memorandum in drei Teile gegliedert. Es geht aus von einer eingehenden Darstellung über die Frage der Wirtschaftserholung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Mittel- und Osteuropas. Ziellos als Kenntnis der französischen Arbeit, mit dem Briand den eigentlichen Gegenanschlag gegen den Wiener Zollpakt zu führen beabsichtigt. In einem abschließenden Teil werden die Probleme der Finanzhilfe für die wirtschaftlich schwachen, kleineren europäischen Staaten erörtert.

Hier ist der Herdeshof. Man könnte wohl auch sagen: die Krimste. Denn inwiefern ist klar, die französische Diplomatie ist in einer durch die Zahlensätze herabgesetzten Erodrone viel zu geist, viel zu geist, als daß sie sich die Gelegenheit entgehen ließe, durch Vordringen mit dem Scheitbuch, mit Anleihepapieren, nicht gewisse europäische Gruppen auf ihre Seite zu bringen.

Briand will seinen Plan auf dem paneuropäischen Studienauschuß, der Mitte Mai in Genf tagt, zur Erörterung stellen. Hier wird es also zu einem ersten Duell zwischen ihm und Currius kommen. Das dabei angeführte Mittel und Mittelchen, deren sich Paris, wie erwähnt, bedient, Deutschland nicht einen sehr leichten Stand haben wird, ist klar. Trotzdem wird es Aufgabe derer sein, die ernsthaft europäisch denken, die Kontrolle zwischen Berlin und Paris auf das Maß wieder zurückzuführen, das die Aufgaben, die Europa gestellt sind, zum Zentralpunkt macht.

## Briand oder Doumer?

Der Kampf ums Elbje.

Die französische Verfassung hat, sicherlich mit vollem Bewußtsein, den Kampf um die Präsidentenschaft der Republik den Bedenken der Nation entrückt. Der Präsident wird nicht wie in Deutschland durch das wahlberechtigte Volk, auch nicht wie in Amerika durch Wahlmänner, sondern durch die zur Nationalversammlung vereinigten beiden Parlamente, Kammer und Senat, gewählt.

So ist von vornherein dieser Kampf um die höchste Stelle im Staate in der französischen Republik in die Hände der Berufspolitiker gelegt. Er regt die Nation nicht auf, wenigstens das Interesse selbstverleidend in der Defensiv-

lition aufzuersticken. Es ist höchst außerordentlich es. Aber diese Regelung der französischen Verfassung bringt es doch mit sich, daß noch ganz kurze Zeit vor dem Wahlakt kaum oder nur wenig über den Kampf ums Elbje debattiert wird. Genau 14 Tage sind es noch bis zu dem feierlichen Staatsrat der französischen Nationalversammlung. Soeben hat Präsident Doumergue das Detret über die Einberufung der Nationalversammlung unterzeichnet.

Am 13. Mai werden Senatoren und Deputierte sich in Versailles versammeln. Und heute kann noch niemand, selbst nicht aus den intimsten politischen Kreisen, sagen, wer der Favorit, wer der offizielle Kandidat für die Nachfolge des Präsidenten Doumergue sein wird.

Genau die Zahl der Favoriten, die es natürlich in politischen Zirkeln gegeben hat, seitdem man sich auf die Präsidentenwahl rüsten mußte, ist immer enger geworden. Man spricht heute eigentlich nur noch von zwei Kandidaturen: Briand oder Doumer. Es scheint also, als ob der Endkampf sich jetzt auf den Außenminister und auf den Senatspräsidenten, aber ob beide oder nur von beiden tatsächlich kandidieren wird, das weiß zur Stunde noch niemand zu sagen.

Einer der eifrigsten Wahlmänner, Franklin Bouillon, hat allerdings durch eine Anfrage das bezeugt, eine gewisse Klärung zu schaffen. Bouillon hat nämlich behauptet,



## Maßnahmen.

Berlin, 1. Mai.

Die Besprechung unter der Ernährungsminister-Sitzung der Kabinetsmitglieder fallen sollen. Die Zollmaßnahmen eine nochmalige Prüfung hat. Das Kabinett schon vorher gegen der Chef-Tage sind keine

Maßnahmen dürfte sein. Die Arbeiter letzten Gutachten so weit gehen. Kabinetts gerechtigkeitstätigkeit des Mai, so daß die

Maßnahmen die Pflichten in hier die Notwendigkeit der Knapp-